



Bayerische Landeszentrale
für politische Bildungsarbeit

EINSICHTEN + PERSPEKTIVEN

Bayerische Zeitschrift für Politik und Geschichte



3
—
21

Editorial

Liebe Leserin und lieber Leser,

die Bayerische Verfassung wird 75 Jahre alt! E+P gratuliert sehr herzlich und widmet ihr aus diesem erfreulichen Anlass den Schwerpunkt dieser Ausgabe:

- In einem Interview sprechen der ehemalige und neue Präsident des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs über die Rolle der Dritten Gewalt im Freistaat.
- Dass die Jubilarin auch im 21. Jahrhundert eine stabile Grundlage für unsere Gesellschaft bietet, zeigen Ludwig Unger und Monika Franz in ihrem Überblicksartikel.
- Wie es um die in Art. 3, Abs. 2 GG und Artikel 118, Abs. 2 BV garantierte Gleichstellung zwischen Mann und Frau bestellt ist, untersuchen Mina Mittertrainer und Barbara Thiessen.

Auch im aktuellen Streit zwischen Polen und der EU spielen verfassungsrechtliche Fragen eine zentrale Rolle: Thomas Urban analysiert und kommentiert die Situation.

Im Interview mit Rachel Salamander und Jutta Fleckenstein über die von ihnen herausgegebene Lebensgeschichte des ehemaligen Präsidenten von Bayern München, Kurt Landauer, erfährt man u.a. interessante Details seiner Biographie. E+P gibt außerdem Einblicke in die Graphic-Novel-Verfilmung über eine weitere Jubilarin: Die Holocaust-Überlebende Margot Friedländer wurde am 5. November 100 Jahre alt.

Weitere Artikel in dieser Ausgabe beschäftigen sich mit dem Beutelsbacher Konsens, der Bedeutung digitaler Medien für die Politik sowie der Rolle der Landwirtschaft in der Sowjetunion.

Wir wünschen eine anregende und im besten Fall unterhaltsame Lektüre.

Die Redaktion



Abschließend möchten wir Sie gerne auf unsere Abo-Aktion hinweisen: Nutzen Sie die Gelegenheit und schicken Sie uns die heraustrennbare Postkarte aus diesem Heft kostenfrei zu!

Name, Vorname _____		Einsichten und Perspektiven
Postfachnummer _____		
Postleitzahl / Ort _____		
Hiermit erkläre ich bestmöglicherweise:		
<input type="checkbox"/> die Zeitschrift Einsichten+Perspektiven		
<input type="checkbox"/> den Email-Newsletter der BLZ		
Wenn Sie Verstärkungswünsche oder Fragen haben, kontaktieren Sie uns gerne unter landeszentrale@blz.bayern.de oder 089 2361 0000 (09:00-17:00 Uhr)		
Deutsche Post WISSENTUM		
Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit		
Z. Hof, Frau Birgitte Schwaiber		
Eingischalkinger Str. 12		
81925 München		

Autoren und Autorinnen dieses Heftes

Monika Franz ist Stellvertreterin des Direktors sowie Abteilungs- und Referatsleiterin bei der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit.

Christina Gibbs arbeitet als Referentin im Referat „Publikationen und Zeitgeschichte“ der BLZ.

Direktor Rupert Gröbl leitet die Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit.

Prof. Dr. Andreas Jungherr ist Inhaber des Lehrstuhls für Politikwissenschaft, insbesondere Steuerung innovativer und komplexer technischer Systeme der Universität Bamberg.

Mina Mittertrainer forscht im Bayerischen Forschungsverbund ForDemocracy als wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Hochschule Landshut.

Timm Schönfelder ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Leibniz-Institut für Geschichte und Kultur des östlichen Europa (GWZO) in Leipzig.

Prof. Dr. Barbara Thiessen, Lehrgebiet Gender Studies und Wissenschaft Soziale Arbeit an der Hochschule Landshut, leitet das Institut Sozialer Wandel und Kohäsionsforschung (IKON).

Dr. Ludwig Unger ist Referatsleiter bei der Bayerischen Landeszentrale für Politische Bildungsarbeit.

Thomas Urban war Osteuropa-Korrespondent der Süddeutschen Zeitung und ist Autor von Büchern zur Geschichte Polens sowie Russlands.



Leserbriefe richten Sie bitte an folgende E-Mail-Adresse: landeszentrale@blz.bayern.de, Stichwort: Einsichten und Perspektiven. **Hier können Sie auch ein kostenloses Abonnement der Zeitschrift beziehen.**

EINE ANALYSE DES KONFLIKTS UM DIE POLNISCHEN JUSTIZREFORMEN

von Thomas Urban



Krakau im Oktober 2021
Foto: picture alliance/Hans Lucas/Fotograf: Benjamin Furst

Für die polnische Regierungspartei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) ist der Streit mit der EU-Kommission um die Unabhängigkeit der Justiz Teil eines Kulturkampfes. Die EU wird in den Augen des nationalistischen Lagers an der Weichsel von linken und liberalen Kräften dominiert, die keine moralischen Prinzipien kennen. Die westeuropäischen Eliten seien bestrebt, über die Begünstigung sexueller Minderheiten den traditionellen Familienverband aufzulösen und mit der Förderung von Immigranten vor allem aus islamischen Ländern die christliche Werteordnung als Basis der europäischen Kulturen zu zerstören. Aus diesem Grunde weite die EU-Bürokratie systematisch ihre Kompetenzen aus, indem sie versuche, die Rechtsordnung der einzelnen Mitgliedstaaten zu bestimmen.



STREITPUNKTE

- In das polnische Verfassungsgericht wählten die über die absolute Mehrheit verfügenden Sejm-Abgeordneten der Regierungspartei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) 2015 drei Richter, obwohl während der vorangegangenen Legislaturperiode der damalige Sejm bereits drei andere Juristen für diese Positionen bestimmt hatte. Die drei der PiS nahestehenden Richter, die laut der Venedig-Kommission des Europarates rechtswidrig in ihr Amt gekommen sind, beteiligten sich an der Wahl der von Jarosław Kaczyński geförderten Juristin Julia Przyłębska zur neuen Präsidentin des Verfassungsgerichts.
- Justizminister Zbigniew Ziobro ist in Personalunion auch Generalstaatsanwalt und greift persönlich in laufende Verfahren ein, obwohl nach dem Prinzip der Gewaltenteilung der Justizminister lediglich dem Gerichtswesen ein störungsfreies, von der Politik unabhängiges Handeln zu ermöglichen hat.
- Dem Justizminister ist es nun erlaubt, Richter ohne Begründung zu degradieren oder zu versetzen.
- Die Mitglieder des Landesrichterrats, der bei der Ernennung von Richtern ein entscheidendes Wort mitzureden hat, werden nun von den Regierenden bestimmt, das Mitbestimmungsrecht der Richterverbände wurde abgeschafft.
- Eine neu eingerichtete Disziplinarkammer beim Obersten Gericht, dessen Mitglieder vom Präsidenten und dem Sejm bestimmt wurden, darf die Absetzung von Richtern beschließen.
- Die Herabsetzung der in der Verfassung festgelegten Altersgrenze für Richter erlaubt es, auf ihre Unabhängigkeit pochende Juristen aus dem Dienst zu entfernen.
- Der Europäische Gerichtshof in Luxemburg befand, dass in Polen das Recht der Bürger auf unparteiische Rechtsprechung nicht mehr gewährleistet sei. Er forderte im Juli 2021 als erste Maßnahme die sofortige Abschaffung der Disziplinarkammer. Doch Warschau ignorierte diese Entscheidung, weshalb der Gerichtshof am 27. Oktober 2021 ein tägliches Zwangsgeld von einer Million Euro verfügte.
- Das polnische Verfassungsgericht unter Vorsitz der u.a. von drei nicht befugten Richtern in ihr Amt gewählten Julia Przyłębska stellte am 7. Oktober 2021 fest, dass das EU-Recht im Widerspruch zur polnischen Verfassung stehe und polnische Gesetze über den europäischen Verträgen stehen, obwohl Polen sich beim EU-Beitritt 2004 verpflichtet hatte, europäische Gerichte als letzte Instanz anzuerkennen.

Dieses Bild von der EU und den politischen Eliten in Westeuropa ist Ausfluss der Weltfremdheit und Wagenburgmentalität der PiS-Führung um Jarosław Kaczyński, der keine Fremdsprache spricht, der nicht die modernen Kommunikationsmittel nutzt, dessen Auslandserfahrung nur in Kurzreisen besteht. Offenkundig ist er von Beratern umgeben, die ihm nur gefilterte und verzerrte Bilder von der Realität bei den Nachbarn übermitteln. Allerdings ist es auch ein namentlich in Deutschland weit verbreiteter Irrglaube, dass Kaczyński der allmächtige Strippenzieher in der PiS ist, der allein alle wichtigen Entscheidungen trifft. Vielmehr ist er eher der Moderator von untereinander heftig zerstrittenen Interessengruppen, der immer wieder innerparteiliche Kompromisse aushandeln muss.

Dem Versuch der PiS, das Justizsystem unter Kontrolle zu bringen, liegt das Bestreben zugrunde, der Gesellschaft eigene Moralvorstellungen und auch Geschichtsbilder aufzuzwingen. Dass dieses Vorhaben Erfolg haben könnte, ist allerdings unwahrscheinlich: Die polnische Gesellschaft prägt traditionell ein starker Individualismus. Hinzu kommt, dass Kaczyński nicht als Volkstribun wahrgenommen wird, sondern bei Popularitätsumfragen stets miserabel abschneidet, ebenso wie sein Justizminister Zbigniew Ziobro, der Architekt der umstrittenen Justizreformen, deutlich mehr negative als positive Reaktionen hervorruft.

„Dieses Urteil stellt die Grundlagen der Europäischen Union in Frage. Es stellt eine Herausforderung für die Einheit der europäischen Rechtsordnung dar.“

(EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen zum Urteil des polnischen Verfassungsgerichts vom 7. Oktober 2021)

Allerdings wird in der Bundesrepublik beim Blick auf Polen weitgehend übersehen, dass sowohl Brüssel als auch Berlin nicht geringen Anteil an dem Streit haben. Zweifellos war es ein großer Fehler, Kaczyńskis politischem Erzfeind Donald Tusk 2014 das Amt des EU-Ratsvorsitzenden anzutragen. Tusk war kein Brückenbauer in der polnischen Gesellschaft, sondern ein Provokateur, als Premierminister hat er immer wieder seine politischen Gegner verhöhnt und beleidigt.

Den nächsten Fehler beging der damalige EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker 2016: Als die neue PiS-geführte polnische Regierung ihren Botschafter bei der EU, Marek Prawda, ablöste, was einen normalen Vorgang nach einem Regierungswechsel darstellt, machte

Juncker diesen flugs zum EU-Botschafter in Warschau. Es war ein beispielloser Vorgang in der Welt der Diplomatie, der Warschau zu Recht empörte: Prawda kannte ja die internen Verhandlungspositionen der polnischen Regierung, nun wechselte er von heute auf morgen die Seiten. Durch den Wechsel sowohl von Tusk als auch von Prawda in die EU-Strukturen waren also Konflikte mit Warschau programmiert.

„In Polen wird eine größere Freiheit herrschen als heute im Westen.“

(Jarosław Kaczyński zu den Justizreformen in der Zeitschrift W sieci, 9. Juli 2018)

Hinzu kommt, dass in den Augen der polnischen Nationalisten die EU von den Deutschen dominiert wird. Und diese hätten nie Rücksicht auf polnische Befindlichkeiten genommen. Es war ein strategischer Denkfehler der Verantwortlichen in CDU und CSU, nach der großen Wende von 1989/90 die polnischen Nationalkatholiken nicht in den politischen Dialog zu einzubinden.

Jarosław Kaczyński hat seine eigenen Erfahrungen gemacht: Als Verehrer Konrad Adenauers und Helmut Kohls kam er 1991 nach Bonn, um die von ihm gegründete Partei Zentrumsallianz als Partner der CDU anzubieten; doch Kohl behandelte ihn sehr herablassend und kreierte somit ohne Not einen künftigen Gegner der Bundesregierung. Nicht minder schmerzlich war es für Kaczyński, als sein zum Staatspräsident aufgestiegener Zwillingbruder Lech 2006 bei einer Rede in der Berliner Humboldt-Universität, in der er für eine enge Abstimmung der deutschen und der polnischen Europa-Politik warb, von Aktivisten der Gay-Bewegung mit Tomaten beworfen wurde. Dass die deutschen Gastgeber nicht für die Sicherheit des Staatsgastes gesorgt hatten, wurde an der Weichsel als schwerer Affront gewertet und hat nachhaltig die Beziehungen zwischen beiden Ländern belastet.

Die Sanktionen, die nun der Europäische Gerichtshof über die polnische Regierung verhängt hat, werden in Warschau als Ergebnis deutscher Ranküne dargestellt. Die Debatte im Europa-Parlament über die polnischen Justizreformen am 19. Oktober 2021 schien diese Version zu bestätigen: Erst attackierte die EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, eine Deutsche, die polnische Führung. Anschließend gaben die Parlamentsfraktionen ihre nicht minder kritischen Stellungnahmen ab: Für die konservative Europäische Volkspartei sprach der Deutsche

Manfred Weber, für die Grünen die Deutsche Ska Keller, für die Linke der Deutsche Martin Schirdewan, und zweite Rednerin der sozialistischen Fraktion war die Deutsche Katarina Barley, die bereits als stellvertretende Parlamentspräsidentin immer wieder die polnische Regierung zur Ordnung gerufen hatte. Es kam keinem dieser Redner in den Sinn, hier angesichts der Vorbehalte der PiS gegen die deutschen Nachbarn den Auftritt Fraktionskollegen aus anderen Ländern zu überlassen, um zum Abbau der Spannungen beizutragen.

Grundsätzlich aber hat die EU-Kommission eine deutlich bessere Ausgangsposition in dem Konflikt als die Regierung in Warschau: 85 Prozent der Polen sehen den Platz ihres Landes in der EU, nicht nur wegen des damit verbundenen Geldregens, sondern auch, weil man sich in der Gemeinschaft vor dem unfreundlich gesonnenen Russ-

„Wenn sie den Dritten Weltkrieg beginnen, werden wir unsere Rechte mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln verteidigen.“

(Polens Premierminister Mateusz Morawiecki zu den EU-Sanktionen in der *Financial Times*, 1. November 2021)

land Putins geschützt sieht. Zahlreiche Demonstrationen im ganzen Land mit einer großen Zahl an Teilnehmern und Teilnehmerinnen unterstreichen dies nachdrücklich. Die Drohung mit der Kürzung von EU-Geldern ist also ein durchaus wirkungsvolles Mittel in dem Konflikt. Doch gleichzeitig sollte man in Brüssel einen Weg finden, den Polen ein Einlenken ohne Gesichtverlust zu ermöglichen. ▲



Neuerscheinung

Der konstituierte Staat. Eine Verfassungsgeschichte der Neuzeit von Alexander Thiele

Heute erscheint uns die Existenz von Verfassungen selbstverständlich, beinahe jeder moderne Staat hat eine (geschriebene) Verfassung. Doch der Weg zum demokratischen Verfassungsstaat war steinig und von Rückschlägen begleitet. Ausgehend von der Amerikanischen und der Französischen Revolution, erzählt Alexander Thiele diese wechselvolle Entwicklungsgeschichte und erklärt, was den Verfassungsstaat ausmacht und auf welchen Annahmen er beruht. Dabei zeigt sich: Die Kämpfe um Emanzipation und Partizipation waren europaweit epochenprägend, die Vorstellung eines deutschen Sonderweges lässt sich nicht halten. Denn auch in den USA, Frankreich und Großbritannien war der Weg zur vollwertigen Demokratie lang. Und Deutschland kann – man denke an die Verfassungen des Vormärz oder das moderne Wahlrecht im Kaiserreich – auf durchaus reiche demokratische Traditionen zurückblicken. Das Projekt des demokratischen Verfassungsstaats ist nie abgeschlossen – man versteht ihn nur dann, wenn man seine Geschichte kennt.

Zu bestellen unter:

www.blz.bayern.de/publikation/der-konstituierte-staat-eine-verfassungsgeschichte-der-neuzeit.html



Impressum

Einsichten und Perspektiven
hg. von der Bayerischen Landeszentrale
für politische Bildungsarbeit
Verantwortlich: Rupert Gröbl, Monika Franz

Redaktion dieses Heftes: Monika Franz, Christina Gibbs, Markus Baar, Andreas Hesse

Titelbild: Die Holocaust-Überlebende Margot Friedländer zeigt in Berlin am Rande einer Lesung aus ihrer Autobiographie „Versuche, dein Leben zu machen!“ das Adressbuch ihrer Mutter, in dem diese viele nützliche Adressen von Konsulaten, Verwandten und Freunden im Ausland gesammelt hatte. Foto: picture alliance/dpa- Zentralbild/ZB/Fotografin: Britta Pedersen

Gestaltung: MUMBECK – Agentur für Werbung GmbH, Wuppertal

Druck: Aumüller Druck GmbH & Co. KG, München/Regensburg

Die Beiträge stellen keine Meinungsäußerung der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit dar. Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung. Die Landeszentrale konnte die Urheberrechte ggf. nicht bei allen Bildern dieser Ausgabe ermitteln. Sie ist aber bereit, glaubhaft gemachte Ansprüche nachträglich zu honorieren. Die Redaktion trägt der gesellschaftlichen Diskussion über geschlechter- bzw. gendergerechte Sprache Rechnung, indem die Schreibweisen der Texte variieren.

Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit
Engschalkinger Str. 12
81925 München
Telefon: 089 9541154-00
Fax: 089 9541154-99
landeszentrale@blz.bayern.de
www.blz.bayern.de

BLZ AUF SOCIAL
MEDIA

